



BUNDESVERBAND DEUTSCHER PFLANZENZÜCHTER

Stellungnahme

Zur Entscheidung von Minister Gabriel zum Anbauverbot in Ungarn und Österreich

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) verurteilt das Abstimmungsverhalten und die Begründung von Minister Gabriel hinsichtlich des Anbauverbots von gentechnisch verändertem Mais in Ungarn und Österreich.

Österreich und Ungarn verstoßen gegen EU-Recht, das einen ungehinderten Anbau und Handel von genehmigten gentechnisch veränderten Organismen verlangt. Dies hat die Kommission mit der Ankündigung einer Klage auf Einhaltung des EU-Rechtes unterstrichen. Mit seinem Abstimmungsverhalten deckt Minister Gabriel diesen Rechtsbruch, weil keine neuen Erkenntnisse hervorgebracht werden können, die eine nationale Schutzklausel begründen.

Die Begründungen des Umweltministeriums lassen zudem Bedenken und Zweifel aufkommen, dass eine wohl abgewogene, fachlich fundierte Entscheidung innerhalb des Bundesministeriums vonstatten gegangen ist. Bundesminister Gabriel führt aus, dass ein Produkt Landwirte in Abhängigkeiten zwingt. Die Resistenz gegen ein Pflanzenschutzmittel des gentechnisch veränderten Mais T25 hat aber nichts mit dem patentierten Mittel des anderen genannten Unternehmens zu tun. Auch das andere gentechnisch veränderte Konstrukt MON810 zeichnet sich nicht durch Resistenzen gegen ein Pflanzenschutzmittel aus, sondern ist resistent gegen einen Schädling.

Es stellt sich zudem die Frage, wie Landwirte in einem freien Markt abhängig sein können: aus langjähriger Erfahrung in der Branche kann der BDP Landwirten attestieren, dass sie sich Jahr für Jahr aufs Neue für eine Sorte entscheiden, welche für die ackerbaulichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebs am Besten geeignet ist. Landwirte kaufen wie bei konventionellen Sorten nur dann eine gentechnisch veränderte Sorte, wenn es für ihren Betrieb hilfreich ist.

Die Ausführungen des Umweltministers, Landwirtschaftsministerin Aigner Spielraum für die in Deutschland stattfindende Debatte über gentechnikfreie Regionen zu schaffen, kann nur als politisches Possenspiel verstanden werden. Hier geht es darum, politische Gegner im Wahlkampf noch tiefer in die selbstverursachte Erklärungsnot zu bringen. Dem Landwirtschafts- und Umweltministerium ist klar, dass ein Anbauverbot von Gentechnik in der Deutschland rechtswidrig ist, wenn man den Rechtsstaat achtet.

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen wie Klimawandel und Weltbevölkerungswachstum sind visionäre Züchtungsziele und der Einsatz neuer Methoden durch rechtssichere politische Rahmenbedingungen zu fördern. Es ist erschreckend, wenn die Zukunftsfähigkeit des Landes wegen eines kurzfristigen politischen Kalküls in Frage gestellt wird. Statt populistischen Forderungen und Bedienung von Vorurteilen, sind rechtssichere Rahmenbedingungen und auf die Zukunft ausgerichtete Entscheidungen gefragt. Politiker, die sich dieser Verantwortung nicht stellen, handeln unverantwortlich.

Info:

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) mit Sitz in Bonn und Berlin ist die berufsständische Vertretung der rund 130 deutschen Pflanzenzuchtunternehmen und Saatenhändler aus den Bereichen Landwirtschaft, Gemüse und Zierpflanzen. Mit einer F&E-Quote (Forschung & Entwicklung) von 16,9 Prozent gehört die Pflanzenzüchtung zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Rund 12.000 Beschäftigte finden in ihr einen Arbeitsplatz und legen mit ihrer Tätigkeit die Basis für eine erfolgreiche Landwirtschaft und die darauf folgenden Stufen der Wertschöpfungskette.

Ansprechpartnerin: Christina Siepe
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
Kaufmannstraße 71-73, 53115 Bonn
Tel. 02 28/9 85 81-17, Fax -19,
csiepe@bdp-online.de